

Susanne Fischer
Carlo Masala *Hrsg.*

Innere Sicherheit nach 9/11

Sicherheitsbedrohungen und (immer)
neue Sicherheitsmaßnahmen?



Springer VS

Innere Sicherheit nach 9/11

Susanne Fischer • Carlo Masala
(Hrsg.)

Innere Sicherheit nach 9/11

Sicherheitsbedrohungen und (immer)
neue Sicherheitsmaßnahmen?



Springer VS

Herausgeber

Susanne Fischer
Institut für Politikwissenschaft
Universität der Bundeswehr München
Neubiberg
Deutschland

Carlo Masala
Institut für Politikwissenschaft
Universität der Bundeswehr München
Neubiberg
Deutschland

ISBN 978-3-658-02637-0
DOI 10.1007/978-3-658-02638-7

ISBN 978-3-658-02638-7 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort

Die Idee zu diesem Sammelband entstand im Rahmen des Forschungsprojektes „Securitization Plus“, das von 2010–2013 als Teilvorhaben des Forschungsverbundes „Sicherheit im öffentlichen Raum“ (SIRA) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr durchgeführt wurde. Der Forschungsverbund SIRA, der durch die Universität der Bundeswehr München koordiniert wurde, befasste sich mit der Akzeptanz oder Ablehnung von Sicherheitsmaßnahmen in den Feldern „Luftverkehrssicherheit“ und „Informationssicherheit“ (www.sira-security.de). Eine Aufgabe des Teilvorhabens „Securitization Plus“ bestand darin, unter Berücksichtigung der (empirischen) Befunde der Forschungspartner, das Konzept der Versicherheitlichung weiterzudenken.

Bei diesem Weiterdenken stießen wir immer wieder auf Aspekte, deren Erforschung nicht Kernaufgabe des Teilvorhabens war, aber für die Bearbeitung des Themas unerlässlich schien. 2013 entschlossen wir uns, dass auch diese Fragen – beispielsweise Fragen der Sicherheitskultur oder den sicherheitsethischen Implikationen von Sicherheitsmaßnahmen – nicht unbearbeitet bleiben sollten. Dem schriftlichen Entwurf eines Buchproposals und dessen Einreichung beim Springer VS folgte die Einladung der Expertinnen und Experten zu einem Autorenworkshop auf den Campus der Universität der Bundeswehr nach Neubiberg.

Die vorliegenden Beiträge sind allesamt aus diesem Prozess hervorgegangen, der mit dem Buchproposal begann und mit dem Workshop, bei dem jeder Beitrag von einem Experten aus der Runde der Autorinnen und Autoren kommentiert wurde, umgesetzt wurde. An dieser Stelle möchten wir uns allen Autorinnen und Autoren sowie beim Verlag für den Forschergeist bedanken, mit dem die Entstehung dieses Buches begleitet wurde!

Neubiberg, im August 2015

Susanne Fischer
Carlo Masala

Inhaltsverzeichnis

Die Politik der inneren Sicherheit nach 9/11	1
Susanne Fischer und Carlo Masala	
Teil I Kultur, Recht und Ethik einer Sicherheit nach 9/11	
Der Wandel der Sicherheitskultur nach 9/11	13
Christopher Daase und Tim Nicholas Rühlig	
Zum verfassungsrechtlichen Rahmen demokratischer Sicherheitspolitik: Die Sicherheitsverfassung des Bundesverfassungsgerichts	35
Thomas Würtenberger und Steffen B. Tanneberger	
Sicherheitspraktiken und Säkularisierungsdiskurse: Versuch über Schutzmantelmadonnen, Körperscanner und die Notwendigkeit einer Sicherheitsethik, die auch verunsichert	61
Regina Ammicht Quinn	
Teil II Kristallisationsorte der (Un)Sicherheit nach 9/11	
Sicherheitspositionen. Zur Perzeption und Diskussion von Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen	85
Wolfgang Bonß und Katrin Wagner	
Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen und Identitätskonstruktionen: Kulturelle Identitäten als Bild, Praktik und Instrument	103
Gerrit Herlyn und Nils Zurawski	

Videoüberwachung. Flächendeckend und am Flughafen. Ein deutsch-englischer Vergleich	123
Kathrin Groh und Philipp Rosch	
Unsicherheiten am Bahnhof – Sicherheitswahrnehmungen im öffentlichen Personennahverkehr	149
Nadine Schlüter, Jan-Peter Nicklas und Petra Winzer	
(Un)Sicherheit hinter dem Bildschirm: Die Versicherheitlichung des Internets	165
Matthias Schulze	
Teil III Politik der Sicherheit(smaßnahmen) nach 9/11	
Konstruktionen und Vorstellungen von Wirksamkeit in der Antiterror-Politik: Eine kritische Betrachtung	189
Hendrik Hegemann und Martin Kahl	
Wandel der Sicherheit – Von präventiver zu präemptiver Sicherheit? Entwicklungen der Sicherheitspolitik in Systemen des öffentlichen Personentransports	209
Hans-Jörg Albrecht	
Das Scheitern des „Global War on Terrorism“. Makro-Versicherheitlichung des internationalen Terrorismus in den USA und Deutschland aus soziopragmatischer Perspektive	231
Philipp Klüfers	
Immer mehr Sicherheitsbedrohungen und immer mehr Sicherheitsmaßnahmen?	251
Susanne Fischer	

Autorenverzeichnis

Hans-Jörg Albrecht Max-Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg im Breisgau, Deutschland

Regina Ammicht Quinn Eberhard Karls Universität Tübingen/Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW), Tübingen, Deutschland

Wolfgang Bonß Institut für Soziologie und Volkswirtschaftslehre, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

Christopher Daase Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/Exzellenzcluster „Herausbildung normativer Ordnungen“, Frankfurt am Main, Deutschland

Susanne Fischer Institut für Politikwissenschaft, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

Kathrin Groh Institut für Öffentliches Recht und Völkerrecht, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

Hendrik Hegemann Fachgebiet Internationale Beziehungen und Friedens- und Konfliktforschung, Universität Osnabrück, Osnabrück, Deutschland

Gerrit Herlyn Institut für Volkskunde/Kulturanthropologie, Universität Hamburg, Hamburg, Deutschland

Martin Kahl Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Hamburg, Deutschland

Philipp Klüfers Institut für Politikwissenschaft, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

Carlo Masala Institut für Politikwissenschaft, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

Jan-Peter Nicklas Fachgebiet Produktsicherheit und Qualitätswesen, Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal, Deutschland

Philipp Rosch Institut für Öffentliches Recht und Völkerrecht, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

Tim Nicholas Rühlig Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/Exzellenzcluster „Herausbildung normativer Ordnungen“, Frankfurt am Main, Deutschland

Nadine Schlüter Fachgebiet Produktsicherheit und Qualitätswesen, Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal, Deutschland

Matthias Schulze Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland

Steffen B. Tanneberger Forschungsstelle für Hochschulrecht, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Freiburg im Breisgau, Deutschland

Katrin Wagner Institut für Soziologie und Volkswirtschaftslehre, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, Deutschland

Petra Winzer Fachgebiet Produktsicherheit und Qualitätswesen, Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal, Deutschland

Thomas Würtenberger Forschungsstelle für Hochschulrecht, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Freiburg im Breisgau, Deutschland

Nils Zurawski Institut für Kriminologische Sozialforschung, Universität Hamburg, Hamburg, Deutschland

Die Politik der inneren Sicherheit nach 9/11

Susanne Fischer und Carlo Masala

1 Einleitung

In zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätzen und Monographien zur (Außen)Sicherheitspolitik westlicher Demokratien hat die Formulierung „Seit den Anschlägen vom 11. September“ die Formulierung „Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes“ abgelöst. Exemplarisch hierfür ist unter anderem Werkner:

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat neue Bedrohungen hervorgebracht. Als eine der wichtigsten Herausforderungen gilt der transnationale Terrorismus. Seit den Anschlägen vom 11. September stellt er die potenziell größte Gefährdung für die Sicherheit der westlichen Welt dar. (Werkner 2010, S. 66)

Wie der Titel des vorliegenden Bandes – Innere Sicherheit nach 9/11 – signalisiert, ist auch die Politik der inneren Sicherheit von den Ereignissen des 11. September sowie den darauf folgenden Anschlägen und Anschlagversuchen beeinflusst.¹ Die

¹ Zu den Anschlägen in Europa und den USA, die medial am präsentesten waren, zählen die so genannten Madrider Zuganschläge 2004, die Anschläge auf die Londoner U-Bahn 2005, die Anschläge auf den Boston Marathon 2013 und auf die Redaktion des Magazins Charlie Hebdo in Paris 2015. Zu den Anschlagversuchen in Deutschland, die gescheitert sind, zählt z. B. der Anschlagversuch auf den Bonner Hauptbahnhof 2013. Zu Anschlagsplänen in Deutschland, die von Sicherheitsbehörden vorzeitig aufgedeckt worden sind, gehören z. B.

S. Fischer (✉) · C. Masala
Institut für Politikwissenschaft, Universität der Bundeswehr München,
Werner-Heisenberg-Weg 39, 85577 Neubiberg, Deutschland
E-Mail: susanne.fischer@unibw.de

C. Masala
E-Mail: carlo.masala@unibw.de

Auswirkungen lassen sich dabei weder in ein einfaches Vorher-Nachher-Schema noch in ein lineares Ursache-Wirkung-Schema pressen. Eine Beobachtung ist jedoch deutlich, nämlich dass Terrorismus ein „handlungsaktivierendes Noch-Nicht-Ereignis“ ist (Beck 1986, S. 43; Schneckener 2011, S. 356). In diesem Lichte ist denn auch die Vielzahl von Sicherheitsmaßnahmen², die seit den Anschlägen eingeführt wurden, wenig überraschend. Zahlreiche Fragen kommen jedoch auf, wenn Untersuchungen nahelegen, dass die eingeführten Maßnahmen im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus unwirksam sind. So stellen Hegemann, Heller und Kahl fest, dass

viele Maßnahmen, die seit dem 11. September 2001 im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus ergriffen worden sind, hohe politische, soziale und ökonomische Kosten mit sich gebracht haben, ihr Beitrag zur Verhinderung und Aufklärung terroristischer Anschläge in vielen Fällen jedoch in Zweifel gezogen werden muss. (Hegemann et al. 2011, S. 282)

Exemplarisch für eine Sicherheitsmaßnahme, an der wiederholt Zweifel aufkommen, ist die Videoüberwachung. Diese wird neben der Kriminalitätsprävention seit 9/11 auch immer wieder im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Terrorismus genannt. Bereits ihre kriminalpräventive Wirkung beschreibt Töpfer als „bestenfalls widersprüchlich“ – letztlich konnten ausschließlich für die Überwachung von Parkplatzanlagen kriminalpräventive Effekte nachgewiesen werden (Töpfer 2007, S. 36). Und dass die Anschläge auf die Londoner U-Bahn 2005 mit Hilfe von Videoaufzeichnungen aufgeklärt werden konnten, verblasst angesichts der These,

die Pläne der Sauerlandgruppe 2007. Diese selektive Auflistung soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mehrheit der terroristisch motivierten Anschläge außerhalb Europas und außerhalb von den USA stattfinden. Neben den zahlreichen terroristisch motivierten Anschlägen, die weltweit verübt werden, ist die von den Beiträgen in diesem Sammelband thematisierte terroristisch Bedrohung gewissermaßen spezifisch, nämlich in der Regel ein islamistisch motivierter Terrorismus, der sich transnationalen Bewegungen wie Al Kaida oder IS zuordnet ohne unbedingt direkt organisatorisch oder logistisch verbunden sein zu müssen.

² Neben zahlreichen internationalen Maßnahmen haben viele Staaten neue Sicherheitsdoktrinen verabschiedet und entsprechende Sicherheitspakete geschnürt. Besonders deutlich wird die Dynamik neuer Sicherheitsmaßnahmen an einem konkreten Handlungsfeld wie dem zivilen Luftverkehr. Zu den auffälligsten Sicherheitsmaßnahmen zählen das Verbot der Mitnahme von Flüssigkeiten sowie die Einführung von Körperscannern an verschiedenen Flughäfen. Darüber hinaus wurden zahlreiche „unauffälligere“ Maßnahmen eingeführt, z. B. zusätzlicher Schutz der Cockpittüren, der Zustieg von Sky Marshalls oder der Aufbau von Pollern zum Schutz des Flughafenzugangs. Die formale Grundlage für diese Maßnahmen ist höchst unterschiedlich. Sie reicht von nationaler Gesetzgebung über EU-Verordnungen bis zu Konventionen beispielsweise im Rahmen der Civil Aviation Organisation.

dass „videoüberwachte Angriffsziele attraktiver werden [könnten] als nicht überwachte Ziele“ (Stutzer und Zehnder 2009, S. 131), da die Bildverfügbarkeit letztlich dem Anschlagziel von Terroristen dient – nämlich Angst und Schrecken zu verbreiten und die größtmögliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Düstere sind die Erkenntnisse einer Studie aus dem Jahr 2006, die sich mit Wirksamkeitsstudien von Anti-Terror-Maßnahmen insgesamt befasst:

Not only did we discover an almost complete absence of evaluation research on counter-terrorism interventions, but from those evaluations that we could find, it appears that some interventions either did not achieve the outcomes sought or sometimes increased the likelihood of terrorism occurring. (Lum et al. 2006, S. 1)

Für beide Erkenntnisse, die Lum, Kennedy und Alison formulieren, lassen sich zahlreiche Gründe angeben. So steht die Wirksamkeitsmessung insgesamt vor immensen Herausforderungen. Schließlich bereitet bereits die Definition des Kriteriums für die Wirksamkeit einer Antiterror-Maßnahme Schwierigkeiten. Daneben müssten Effekte von Sicherheitsmaßnahmen isoliert und „richtig“ zugeordnet werden können.³ Und auch dass Sicherheitsmaßnahmen ihre wie auch immer definierten Ziele nicht immer erreichen ist angesichts des diffusen Täterbildes, von immer neuen Tatbildern und den Schwierigkeiten Kausalzusammenhänge zu identifizieren erwartbar (Schneckener 2006, S. 192 ff.).⁴

Die Bedingungen im Feld der inneren Sicherheit nach 9/11 sind also denkbar schwierig: Es liegt wenig gesichertes Wissen vor das als Entscheidungsgrundlage dienen kann. Gleichzeitig müssen politische Akteure reagieren und darüber entscheiden, wann welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen werden. Welche Mechanismen lassen sich unter diesen Bedingungen bei der Politik der inneren Sicherheit nach 9/11 beobachten? Schneckener (2011, S. 365–369) skizziert sieben Muster der Entscheidungsfindung, die auf zentrale Schwierigkeiten und Dynamiken hinweisen. So beschreibt er unter dem Stichwort „Sammeln und Speichern von Daten“ (Schneckener 2011, S. 266) das Bestreben von Sicherheitsinstitutionen Zugang zu immer mehr Daten zu bekommen, d. h. in massenhaftem Umfang Internet- und Telefonverbindungen, Emailverkehr oder auch Reisedaten zu sammeln und zu speichern. In dieses Bild fügt sich die angeblich im Spaß gemachte Aussage des Direktors der NSA, General Keith B. Alexander, die Green-

³ Die Herausforderungen bei der Wirksamkeitsmessung (wenngleich mit Blick die Frage nach „friedensfördernden Beiträgen“ von privatwirtschaftlichen Akteuren in Konfliktregionen) werden unter anderem bei Wolf (2010, S. 4–7) systematisch dargelegt.

⁴ So identifiziert Biersteker (2010) zahlreiche nicht-intendierte Konsequenzen der internationalen Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzierung des transnationalen Terrorismus.

wald zitiert: „Warum können wir nicht alle Daten sammeln, immer und jederzeit?“ (Greenwald 2014, S. 146). Mit diesem Mechanismus folgen Sicherheitsinstitutionen einer gewissen Eigenlogik beim Umgang mit „unknown unknowns“ (Daase und Kessler 2007, S. 424–427; Zedner 2009, S. 126 f.). Was ist jedoch, wenn den Daten keine Informationen „entlockt“ werden können, da eben keine gesicherten Parameter für die Suche nach „dem Terrorismus“ vorliegen? Mit dem Mechanismus „Präferenz für technische Antworten“ skizziert Schneckener (Schneckener 2011, S. 368) wiederum den Ruf nach Technologien zum Schutz vor terroristischen Anschlägen – so den Körperscanner an Flughäfen oder die Videoüberwachung an Bahnhöfen. Dass sich Sicherheit vor Terrorismus „einfach erkaufen“ lässt – dieses Versprechen bergen diese Technologien. Dabei ist die Wirksamkeit dieser Technologien, man denke erneut an den Körperscanner und die Videoüberwachung, höchst umstritten und überdies mit negativen Effekten behaftet (Ammicht Quinn und Rampp 2009, S. 141; Stutzer und Zehnder 2009). Neben diesen Mechanismen diskutiert Schneckener auch eine Politik des „Rückgriff auf bekannte Methoden“ und der „einfachen Lösungen“ (Schneckener 2011, S. 366 ff.). Alle Reaktionsweisen gehen wie die oben ausgeführten Mechanismen aus spezifischen situativen und institutionellen Zwängen der Sicherheitsakteure hervor und ziehen wenige oder gar ambivalente Effekte mit Blick auf die Terrorismusbekämpfung nach sich.

Das Bild, das man auf Grundlage der oben skizzierten Erkenntnisse zur anzweifelbaren Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen und den (politischen) Reaktionsweisen von der Politik der inneren Sicherheit nach 9/11 gewinnt, mutet bestenfalls ernüchternd an. Immer mehr Maßnahmen gegen immer mehr Bedrohungen auf Grundlage von diffusen Entscheidungslogiken mit unklarer Wirkung? Inwiefern stimmt dieser Befund – und wenn ja, wie kann das sein? Um dies zu klären, geht dieser Band den „Produktionsbedingungen“ und der „Produktionsweise“ von Sicherheit nach 9/11 sowie den (sozialen und politischen) Effekten nach. Die Frage nach den „Produktionsbedingungen“ öffnet den Blick für Faktoren, die die Politik der inneren Sicherheit strukturell – und damit auch aus einer Langfristperspektive – mitbestimmen. Hierzu gehören gesellschaftlich geteilte Normen und Werte sowie (historische) Erfahrungen mit Terrorismus.⁵ Eng hiermit verbunden sind die gesellschaftliche Haltung zu und der Umgang mit Unsicherheitserfahrungen oder katastrophischen Ereignissen. Ergänzt wird dieses Bild von den institutionellen Bedingungen, z. B. den rechtlichen Rahmenbedingungen. Der Blick auf die „Produktionsweise von Sicherheit“ verdeutlicht nicht nur die Rolle verschiedenster Akteure in der Politik der inneren Sicherheit sondern auch das

⁵ Auch wenn 9/11 im Rahmen dieses Bandes sehr prominent erscheint, ist Terrorismus ja kein „neues“ Phänomen.

Zusammenwirken von Akteuren und die Rolle kultureller Bilder oder Identitäten sowie von Technologien in diesem Interaktionsgeflecht. Die Analyse der „Form der Sicherheitsgewinnung“ gibt letztlich „auch Aufschluss über die jeweilige Unsicherheitskonstruktion“ (Bonß 1995, S. 86), d. h. darüber, was gesellschaftlich als Bedrohung wahrgenommen wird. Der Blick auf politische und soziale Effekte wie Social Sorting, die Versicherheitlichung bürgerlicher Freiheiten oder die Zunahme präventiver Maßnahmen öffnet den Weg für die Fragen nach den Folgen der Dynamiken, die sich aus „immer mehr Sicherheitsbedrohungen und immer mehr Sicherheitsmaßnahmen“ ergeben können.

2 Zu den Beiträgen

Die Beiträge dieses Sammelbandes befassen sich im Wesentlichen mit den Dynamiken der inneren Sicherheit seit 9/11 in Deutschland und greifen hierbei jeweils (Teil)Aspekte der oben skizzierten Perspektiven auf. Ausgewählte Beiträge nehmen zudem eine vergleichende Perspektive ein und untersuchen die Reaktionen auf die (wahrgenommene) Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus in Großbritannien oder in den USA. Um die Perspektiven, die den Sammelband strukturieren, systematisch aufzufächern, ist der Band in drei Teile gegliedert: *Teil I* befasst sich mit kulturellen, rechtlichen und ethischen Determinanten einer Politik der inneren Sicherheit. *Teil II* widmet sich mit der Fragen nach der (Un)Sicherheit an Flughäfen, Bahnhöfen und im Internet spezifischen Kristallisationsorten der Sicherheitspolitik um die Reaktionen und die Auswirkungen „am Objekt“ nachzuzeichnen. *Teil III* nimmt die Politik der Sicherheit(smaßnahmen) nach 9/11 kritisch in den Blick.

2.1 Kultur, Recht und Ethik einer Sicherheit nach 9/11

Die Beiträge dieses Teils widmen sich den „Produktionsbedingungen von Sicherheit“ und diskutieren in diesem Zusammenhang die Fragen von Sicherheitskultur, Sicherheitsrecht und Sicherheitsethik. Im Detail konzentrieren sich die Beiträge auf folgende Aspekte:

Der Beitrag von *Christopher Daase und Tim Rühlig* zeichnet den Wandel der Sicherheitskultur anhand der Raum-, Gefahren-, Referenz- und der Sachdimension von Sicherheit nach und beschreibt die Rolle spezifischer Akteursgruppen – der Politik, der privaten Sicherheitswirtschaft, der Medien, der Bevölkerung und der Wissenschaft – bei diesem Wandel von Sicherheitskultur.

Thomas Würtenberger und Steffen B. Tanneberger fragen danach, welche Schlussfolgerungen sich aus der vergangenen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Fragen der inneren Sicherheit für neue Rechtsprobleme ziehen lassen. Die Analyse der einschlägigen Entscheidungen zeigt, dass die „verfassungsrechtlichen Grenzen für den Gesetzgeber und mit ihm für die Sicherheitspolitik [...] weniger eng [sind], als dies zunächst scheinen mag.“

Regina Ammicht Quinn stellt die These auf, dass „„vorsäkulare“ Verstandnisse und Praktiken von Sicherheit heute nicht einfach durch rationale wissenschaftliche Verstandnisse und Praktiken abgelöst worden sind.“ Was vielmehr entstanden sei, sind „„Vexierbilder“ von Sicherheit“; in welchen sich beide Elemente spiegeln. Im Anschluss daran entwirft die Autorin das Bild einer Sicherheitsethik, deren „Aufgabe [...] es gleichermaßen [ist] zu verunsichern.“

2.2 Kristallisationsorte der (Un)Sicherheit nach 9/11

Die Beiträge in diesem Teil thematisieren „Produktionsweisen von Sicherheit“ und fokussieren hierfür auf spezifische „Unsicherheitsorte“, nämlich den Flughafen, den Bahnhof und das Internet. Darüber hinaus arbeiten die Autorinnen und Autoren zahlreiche Effekte der Politik der inneren Sicherheit an dem jeweiligem Fall heraus. Kurz zusammengefasst widmen sich die Autorinnen und Autoren folgenden Schwerpunkten:

Wolfgang Bonß und Katrin Wagner zeichnen am Beispiel der Flughafensicherheit die Dynamiken um Sicherheitsbedrohung und Sicherheitsmaßnahmen seit 9/11 nach, die die Autoren mit dem Begriff der „Sicherheitsspirale“ bezeichnen. Anschließend befassen sie sich mit der Perzeption von Sicherheitsmaßnahmen durch Flugreisende und entwickeln auf Grundlage von drei Analysemomenten eine Typologie von vier Sicherheitstypen: Den sicherheitsaffinen, den gleichgültigen, den kritischen und den ablehnenden Typ.

Der Beitrag von *Gerrit Herlyn und Nils Zurawski* untersucht Sicherheitsmaßnahmen im zivilen Luftverkehr nach 9/11 mit dem Fokus auf „kulturelle Identität“. Die Autoren greifen hierfür auf Arbeiten Stuart Halls zur postkolonialen Theorie und Überlegungen der Surveillance Studies zurück. Neben der Rolle „kultureller Bilder“ thematisiert der Beitrag auch Aspekte des „Social Sorting“ im Zusammenhang mit Sicherheitsmaßnahmen im zivilen Luftverkehr.

Kathrin Grob und Philipp Rosch untersuchen die rechtliche Ausgestaltung der Videoüberwachung – insbesondere der Videoüberwachung an Flughäfen – in Deutschland und vergleichen diese mit den entsprechenden Rahmenbedingungen in Großbritannien. Die Analyse zeigt, dass „das englische Recht den Sicherheitsbehörden und der Verwaltungspartizipation einen sehr viel größeren Vertrauensvorschuss gewährt.“

Jan-Peter Nicklas, Nadine Schlüter und Petra Winzer stellen eine Herangehensweise zur Erhebung der Sicherheitswahrnehmung von Fahrgästen des öffentlichen Personennahverkehrs vor. In ihrem Beitrag zeigen die Autorinnen und der Autor wie mit Hilfe der Befragungsmethode „Poll Cards & Lights“ am U-Bahnhof des Kölner Hauptbahnhofs der Zusammenhang zwischen Personendichte und Sicherheitswahrnehmung erhoben und ausgewertet werden kann.

Der Beitrag von *Matthias Schulze* untersucht den Prozess der Versicherheitlichung des Internet und geht den „Ursachen“ dieser Entwicklung nach. Angeleitet wird seine Analyse von der These, dass „das Internet aufgrund seiner technologischen Struktur Unsicherheitspotenziale erzeugt, welche wiederum in Diskursen mit Bedrohungen aufgeladen werden.“

2.3 Die Politik der Sicherheit (smaßnahmen) nach 9/11

Die Beiträge des dritten Teils blicken auf die Politik der Sicherheitsmaßnahmen nach 9/11 und identifizieren hierbei spezifische Logiken und Muster, die den „Versicherheitlichungsdynamiken“ nach 9/11 zu Grund liegen. Dabei konzentrieren sich die Beiträge auf folgende Aspekte:

Hendrik Hegemann und Martin Kahl gehen in ihrem Beitrag den im Diskurs über den Kampf gegen den transnationalen Terrorismus weit verbreiteten Aussagen über die Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen nach. In ihrer Untersuchung argumentieren die Autoren, dass dieser Terminus erstens „als diskursive Konstruktion zur ‚rationalen‘ Rechtfertigung umstrittener Antiterror-Politiken“ dient und zweitens „Ergebnis spezifischer politisch und kulturell bedingter Annahmen und Logiken im Bereich der Terrorismusbekämpfung“ ist.

Der Beitrag von *Hans-Jörg Albrecht* betrachtet zunächst Vorstellungen von präventiver und präemptiver Sicherheit mit Blick auf die Politik der äußeren wie der inneren Sicherheit. Im Anschluss daran wendet sich der Autor Sicherheitsmaßnahmen – u. a. an Bahnhöfen und Flughäfen – zu, diskutiert den Nutzen dieser Maßnahmen und bettet diese in die Überlegungen einer präventiven Sicherheit ein.

Philipp Klüfers untersucht wie das Phänomen des internationalen Terrorismus zwischen 2001 und 2003 im US-amerikanischen und im deutschen Kontext wahrgenommen wurde. Der Autor greift hierfür auf das Konzept der Versicherheitlichung und die Methode der Repertoireanalyse zurück. Letztere zeigt, dass den Versicherheitlichungsprozessen in den jeweiligen Ländern unterschiedliche Repertoires zu Grunde lagen wodurch es zu unterschiedlichen Interpretationen des Phänomens, und damit unterschiedlichen politischen Entscheidungen, kam.

Zum Abschluss des Bandes greift *Susanne Fischer* einzelne Überlegungen der Autorinnen und Autoren auf und fahndet nach Gründen für das Erscheinungsbild

einer Politik der inneren Sicherheit nach 9/11, die immer mehr Sicherheitsbedrohungen zu perzipieren scheint und dagegen mit immer mehr Sicherheitsmaßnahmen angehen will.

Literatur

- Ammicht Quinn, R., & Rampp, B. (2009). „It'll turn your heart black you can trust“: Angst, Sicherheit und Ethik. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 78, 136–149.
- Beck, U. (1986). *Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Biersteker, T. J. (2010). Unintended consequences of measures to counter financing of terrorism. In C. Daase & C. Friesendorf (Hrsg.), *Rethinking security governance. The problem of unintended consequences* (S. 127–136). London: Routledge.
- Bonß, W. (1995). *Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewißheit in der Moderne*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Daase, C., & Kessler, O. (2007). Knowns and unknowns in the war on terror. Uncertainty and the political construction of danger. *Security Dialogue*, 38(4), 411–434.
- Greenwald, G. (2014). *Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen*. München: Droemer.
- Hegemann, H., Heller, R., & Kahl, M. (2011). Terrorismusbekämpfung jenseits funktionaler Problemlösung. Was beeinflusst politisches Handeln im Kampf gegen den Terrorismus? In A. Spencer, A. Kocks, & K. Harbrich (Hrsg.), *Terrorismusforschung in Deutschland* (S. 281–304). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lum, C., Kennedy, L. W., & Sherley, A. (2006). Are counter-terrorism strategies effective? The results of the campbell systematic review on counter-terrorism evaluation research. *Journal of Experimental Criminology*, 2(4), 489–516.
- Schneckener, U. (2006). *Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergrund des „neuen“ Terrorismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schneckener, U. (2011). Zehn Jahre nach 9/11: Zum politischen Umgang mit dem ‚Terrorrisiko‘. *Politische Vierteljahresschrift*, 53(3), 355–372.
- Stutzer, A., & Zehnder, M. (2009). Ökonomische Überlegungen zur Kameraüberwachung als Maßnahme gegen den Terrorismus. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 78, 119–135.
- Töpfer, E. (2007). Videoüberwachung – eine Risikotechnologie zwischen Sicherheitsversprechen und Kontrolldystopien. In N. Zurawski (Hrsg.), *Surveillance Studies. Perspektiven eines Forschungsfeldes* (S. 33–46). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Werkner, I.-J. (2010). Die Verflechtung innerer und äußerer Sicherheit. Aktuelle Tendenzen in Deutschland im Lichte europäischer Entwicklungen. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 4, 65–87 (2011).
- Wolf, K. D. (2010). Output, outcome, impact: Focusing the analytical lens for evaluating the success of corporate contributions the peace building and conflict prevention (PRIF Working Papers, No. 3). http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/PRIF_WP_03.pdf. Zugriffen: 15. Juli 2015.
- Zedner, L. (2009). *Security (key ideas in criminology series)*. London: Routledge.

Dr. Susanne Fischer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr München. Ihre Forschungsinteressen sind Critical Security Studies, Global Governance und die Rolle nicht-staatlicher (Gewalt) Akteure in den internationalen Beziehungen.

Prof. Dr. Carlo Masala ist Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München. Seit 2015 ist er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politik (DGfP). Zu seinen Forschungsinteressen gehören Theorien der Internationalen Beziehungen, Sicherheitspolitik, insbesondere Terrorismusforschung und maritime Sicherheit.

Teil I

Kultur, Recht und Ethik einer Sicherheit nach 9/11

Der Wandel der Sicherheitskultur nach 9/11

Christopher Daase und Tim Nicholas Rühlig

1 Einleitung

Sicherheitskultur bezeichnet die „Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen [...], die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll“ (Daase 2011, S. 61). Im Verhältnis zu den Begriffen „politische Kultur“ und „strategische Kultur“ übernimmt der Terminus „Sicherheitskultur“ eine Brücken- und Vermittlungsfunktion. „Er richtet den Fokus sowohl auf Fragen nach den spezifischen Sicherheitsdefinitionen und Präventionspraktiken von Eliten, als auch auf die Ängste und Einstellungen der Bevölkerung“ (Rauer et al. 2013, S. 33). In dieser Brückenfunktion wird beispielsweise nach dem Zusammenhang von objektiver und subjektiver Sicherheit, von Makro- und Mikroperspektiven, von innerer versus äußerer Sicherheit gefragt. Dass sich die Sicherheitskultur wandelt, ist kein Geheimnis. Besonders deutlich wird dieser Wandel an der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs. Seit den 1950er Jahren hat der Sicherheitsbegriff eine kontinuierliche Ausweitung erfahren (Daase 1991, 2010a). Verstand man zunächst Sicherheit vor allem als Schutz des nationalen Territoriums vor militärischen Bedrohungen, werden heute auch wirtschaftliche und ökologische Risiken für Mensch und Gesellschaft als Sicherheitsprobleme anerkannt.

C. Daase (✉) · T. N. Rühlig

Johann Wolfgang Goethe-Universität/Exzellenzcluster „Herausbildung normativer Ordnungen“, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main, Deutschland

E-Mail: daase@normativeorders.net

T. N. Rühlig

E-Mail: ruehlig@normativeorders.net

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

S. Fischer, C. Masala (Hrsg.), *Innere Sicherheit nach 9/11*,

DOI 10.1007/978-3-658-02638-7_2

Mit diesem Wandel ändern sich auch die Herausforderungen für die Politik. Sicherheitspolitik wird heute weit umfassender verstanden als zur Zeit des Kalten Krieges. Immer neue Problembereiche werden als „sicherheitsrelevant“ bezeichnet und bekommen dadurch eine höhere Dringlichkeit auf der politischen Agenda zugeschrieben. Diese „Versicherheitslichung“ ist nicht nur ein voluntaristischer Akt interessierter Akteure, um für außergewöhnliche Maßnahmen politische Unterstützung zu gewinnen (Waever 1995), sondern ein komplexer gesellschaftlicher Prozess, an dem viele Akteure mitwirken: Die Gesellschaft stellt immer weitergehende Schutzerwartungen an den Staat, dieser weitet kontinuierlich seine Kontrollfunktionen aus, die Wissenschaft entdeckt immer neue Gefahren und die Medien dramatisieren diese und tragen zur Verunsicherung der Gesellschaft bei. Immer weitreichendere Sicherheitsmaßnahmen und umfangreichere Schutzvorkehrungen werden vorgenommen, die „subjektive“ Sicherheit der BürgerInnen nimmt aber ab. Es kommt zu einem paradoxen Effekt, den Emil Angehrn als „Zirkel des sich selbst steigernden und [gleichzeitig] unterminierenden Sicherheitsstrebens“ bezeichnet hat (Angehrn 1993, S. 240 f.).

Der internationale Terrorismus, der mit den Anschlägen vom 11. September 2001 eine neue Dramatik gewonnen hat (Daase 2001; Daase und Spencer 2010), hat diesen Prozess nicht ausgelöst, aber noch einmal verstärkt. Im Folgenden wollen wir die Auswirkungen des Terrorismus und vor allem der Anti-Terrorpolitik auf die Sicherheitskultur beschreiben und die Dynamiken erklären, die sich in Forderungen nach immer umfangreicheren Sicherheitsmaßnahmen ausdrücken. Im zweiten Abschnitt dieses Aufsatzes wollen wir kurz die vier Dimensionen des Sicherheitsbegriffs erläutern, um im dritten Abschnitt die Folgen von 9/11 auf die Sicherheitskultur systematisieren zu können. Im vierten Abschnitt soll der Einfluss unterschiedlicher Akteure auf diesen Prozess analysiert werden. Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst.

2 Sicherheitskultur und Sicherheitsbegriff

Der Wandel der Sicherheitskultur lässt sich anhand der graduellen Erweiterung des Sicherheitsbegriffs darstellen (vgl. Daase 2010a, 2011). Dabei lassen sich vier Dimensionen unterscheiden (vgl. Abb. 1). Die erste Dimension betrifft das Referenzobjekt, also die Frage, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll. Hinsichtlich der Referenzdimension zeigt sich seit den 1950er Jahren eine zunehmende Individualisierung des Sicherheitsverständnisses. Bezog sich Sicherheit zunächst vor allem auf den Staat (Wolfers 1962; Waltz 1979), rückte in den 1970er Jahren zunehmend die Gesellschaft in den Fokus (Waever 1993). Mit dem *Human*

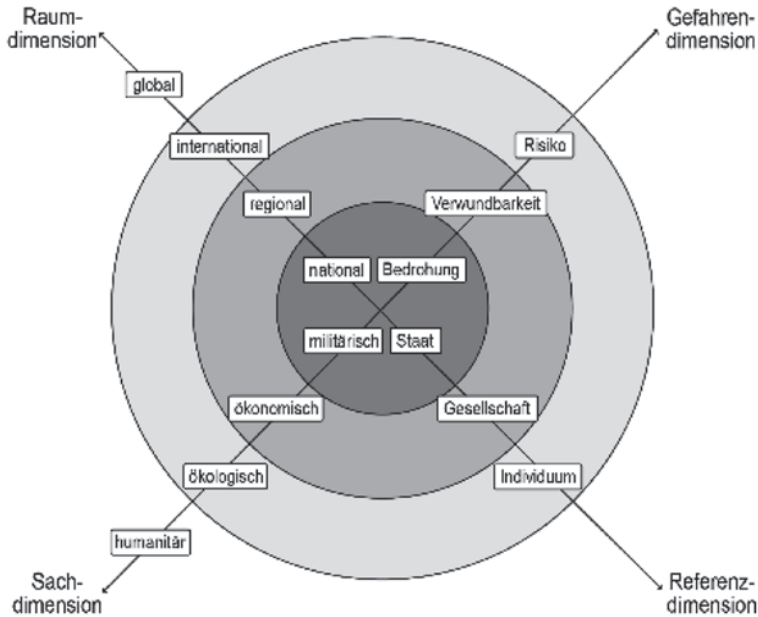


Abb. 1 Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs. (Quelle: Eigene Darstellung (siehe auch Daase 2010b, S. 3))

Development Report 1994 begann sich der Begriff der „menschlichen Sicherheit“ durchzusetzen, und das Individuum wurde zum Referenzobjekt umfassender Sicherheitspolitik (Axworthy 1997; Paris 2001).

Die zweite Dimension ist die Sachdimension, also die Frage, in welchem Problembereich der Politik Sicherheitsgefahren festgestellt werden. Auch hier ist eine kontinuierliche Ausweitung festzustellen. Während des Kalten Krieges war Sicherheit ganz auf militärische Probleme bezogen (Smoke 1979). Mit den Wirtschafts- und Energiekrisen der 1970er Jahre stieg das Bewusstsein wirtschaftlicher Verwundbarkeit, und Fragen der ökonomischen Sicherheit gewannen an Bedeutung (Nye 1974; Maull 1984). Mit dem Brundtland-Report 1987 rückten zum ersten Mal auch die Probleme der Umweltzerstörung ins öffentliche Bewusstsein. Fortan wurden Umweltverschmutzung und Klimawandel als Probleme „ökologischer Sicherheit“ diskutiert (Renner 1989; Carius und Lietzmann 1998). Zuletzt hat der Begriff „humanitäre Sicherheit“ auch Menschenrechtsfragen in die Sachdimension Sicherheit eingeführt. Dabei ist zunächst die Sicherheit von humanitären Helfern in Krisengebieten gemeint, aber die Grenze zur „humanitären Sicherheit“ ist fließend (Gassmann 2005).

Die dritte Dimension betrifft die Raumdimension und die Frage, für welches geographische Gebiet Sicherheit angestrebt wird. Dabei zeigt sich eine Entgrenzung von Sicherheit, insofern zunächst das nationale Territorium im Zentrum stand, später „regionale Sicherheit“, dann „internationalen Sicherheit“ und schließlich „globale Sicherheit“ an Bedeutung gewann (Haftendorn 1993).

Die vierte Dimension betrifft schließlich die Gefahrendimension, also die Frage, wie das Problem konzeptualisiert wird, auf das Sicherheitspolitik antworten soll. Denn während des Ost-West-Konfliktes wurde Unsicherheit vor allem als Bedrohung verstanden und damit als Gefahr, bei der man den Gegner, seine Intentionen und seine militärischen Kapazitäten relativ genau bestimmen konnte. Schon im Falle ökonomischer Gefahren und erst recht bei ökologischen Gefährdungen kann aber von Intentionen oder gar Militärkapazitäten keine Rede sein, und so wurde der Begriff der „Verwundbarkeit“ als Maß für Unsicherheit eingeführt (Keohane und Nye 1977). Eine weitere Ausdehnung des Gefahrenbegriffs in der Sicherheitspolitik ergab sich nach Ende des Ost-West-Konflikts, als die eine große Bedrohung durch den Ostblock durch die vielen Risiken regionaler Konflikte und anderer Herausforderungen ersetzt wurde. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, transnationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Umweltzerstörung und viele andere Probleme wurden nun als nationale, internationale und globale Sicherheitsrisiken diskutiert. Was sie einte, war ihre relative Unbestimmtheit (Daase 2002a).

Die Wendung zum Risiko ist deswegen so wichtig, weil mit ihr existenzielle Gefahren in den Blick geraten, die noch gar keine sind, die aber die Möglichkeit haben, welche zu werden. Wenn Sicherheitspolitik Risiken begegnen soll, kann sie aber nicht länger reaktiv bleiben wie während des Kalten Krieges, sondern muss proaktiv werden und Gefahren identifizieren, bevor sie sich zu Bedrohungen auswachsen. Dabei kann sich proaktive Sicherheitspolitik sowohl auf die Verhinderung von Schadensfällen beziehen, als auch auf die Vorsorge für den Fall, dass sich Schadensfälle nicht verhindern lassen. Vorbeugende und vorsorgende Sicherheitspolitik können wiederum mit militärischen oder diplomatischen Mitteln betrieben werden, entscheidend ist aber, dass Sicherheitspolitik als Risikominimierung viel aktiver und offensiver sein muss als eine Sicherheitspolitik, die auf Reduzierung von Verwundbarkeit oder die Abwehr von Bedrohungen gerichtet ist.

3 9/11 und die Folgen für die Sicherheitskultur

Die Anschläge von 9/11 sowie die Reaktionen darauf fügen sich nahtlos in diese Entwicklung. Sie haben in allen vier Dimensionen – Referenz-, Sach-, Raum- und Gefahrendimension – zu einer weiteren Verstärkung der im vorherigen Abschnitt skizzierten Dynamik des Sicherheitsverständnisses beigetragen.

3.1 Referenzdimension

In Hinblick auf die Referenzdimension zeigt sich, dass Terrorismus und Antiterrorismus die Individualisierung in der Sicherheitspolitik begünstigen. Zwar zielt der islamistisch motivierte Terrorismus zunächst auf eine Schwächung von *Staaten*. Osama Bin Laden wird etwa mit den Worten zitiert, seine Terrororganisation strebe nicht nach zivilen Opfern:

The September 11 attacks were not targeted at women and children. The real targets were America's icons of military and economic power. (zitiert nach Schneckener 2006, S. 17 f.)

Doch ist offenbar, dass der islamistisch motivierte Terrorismus den Tod von Zivilisten nicht nur in Kauf nimmt, sondern gezielt ins Kalkül zieht. Zivilisten werden zu Repräsentanten einer Gesellschaft sowie eines Staates und damit zum „Adressaten“ der Gewalt. Wer bei einem Terroranschlag stirbt, ist für die Terroristen zweitrangig. Zentral ist hingegen die Maßlosigkeit des Schreckens, den ein Anschlag verbreitet (Fuchs 2004, S. 45 f.). Es geht darum, größtmögliche Verwüstung zu verursachen (Münkler 2006, S. 192).

Anschläge gegen „weiche Ziele“ mit weit weniger Symbolcharakter, lassen zudem Zweifel an den von Bin Laden formulierten Intentionen aufkommen. Exemplarisch seien nur die Anschläge auf öffentliche Nahverkehrsmittel (London, Madrid), Touristen (Bali, Djerba) oder Sportveranstaltungen (Boston) genannt. Der Terror zielt daher auf Individuen, die als Träger einer Kultur als legitime Angriffsziele ausgemacht werden (Nitschke 2008, S. 14). Entsprechend kann es nicht verwundern, dass die Angst sich innerhalb der amerikanischen Gesellschaft zunehmend individualisiert hat. Während des Ost-West-Konfliktes meinten die meisten Amerikaner, die Sowjets wollten „uns“ töten; aber die heutigen Terroristen streben nach „meinem“ Tod (Mockaitis 2008, S. 77).

Warum ist das so? Zentral ist, dass der Terrorismus egalisierend, entdifferenzierend und individualisierend insofern wirkt, als die Opfer mehr oder weniger zufällig ausgewählt werden (Waldmann 2002, S. 13). Die Gefahr ist zwar eine menschengemachte, gleichzeitig verhält sich das Risiko für das Individuum jedoch ähnlich wie bei einer Naturkatastrophe: JedeR BürgerIn kann einem Terroranschlag zum Opfer fallen (Kaschner 2008, S. 89). Das bedeutet nicht, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, von einem Terroranschlag getroffen zu werden. 9/11 hat vielen Menschen jedoch ihre individuelle Verletzbarkeit aufgezeigt (Mowlam 2007, S. 2).

Die Gefahr des Terrorismus wird in der Wahrnehmung der Menschen subjektiviert und verbreitet angesichts der medialen Anschlagbilder bei nicht unmittelbar Betroffenen Angst und Schrecken (Kremnitzer und Rosler 2012, S. 42 f.). Studien am Beispiel der israelischen Bevölkerung haben gezeigt, dass sich bei von Terrorismus nicht Betroffenen in hoher Zahl stressbasierte Traumata nachweisen lassen (Bleich et al. 2003). Auch wenn die Situation in Israel eine besondere ist, belegt dies die gesellschaftliche Wirkung des Terrorismus. Denn vielen Menschen tritt in das Bewusstsein, dass der Terror jeden treffen kann (Waldmann 2003, S. 194).

Dass auch die Staaten, die ihre BürgerInnen zu schützen suchen, diese Entwicklung hin zur (wahrgenommenen) Individualisierung der Gefahr nachvollziehen, zeigt George W. Bushs „Address to the Nation“ vom 11. September 2001. Zwar betont er in seiner Rede, die Nation sei Ziel eines Terroranschlags geworden. Gleichzeitig verweist er auf die Individuen, die dem Terroranschlag zum Opfer gefallen sind:

Today, our fellow citizens, our way of life, our very freedom came under attack in a series of deliberate and deadly terrorist acts. The victims were in airplanes, or in their offices; secretaries, businessmen and women, military and federal workers; moms and dads, friends and neighbors. These acts of mass murder were intended to frighten our nation into chaos and retreat. But they have failed; our country is strong. (White House 2001)

So verdeutlicht die Rede Bushs, dass es die erste Pflicht der Nation sei, die individuelle Sicherheit der BürgerInnen sicherzustellen. Hinzu tritt, dass die identifizierte Gefahr nicht in erster Linie von einem Staat, sondern von transnationalen Akteuren ausgeht. Zwar wurde auch mindestens ein klassischer zwischenstaatlicher Krieg (gegen die afghanischen Taliban) zur Terrorismusbekämpfung geführt. Doch der wesentliche Teil der Anti-Terrormaßnahmen besteht in der Verfolgung von Netzwerken, Kommunikationsstrukturen und kleinen Terrorgruppen (Zellen) oder gar Individuen. Mit anderen Worten: Nicht nur die Gefahr bezieht sich auf einzelne Zivilisten; die als solche identifizierte Gefahr geht auch von Individuen, die sich dem islamistisch motivierten Terrorismus angeschlossen haben, aus. Jedes Individuum kann damit zur Sicherheitsgefährdung werden. Sicherheitsherstellung umfasst immer mehr Sphären gesellschaftlichen Lebens und macht einen gesellschaftlichen Diskurs und Konsens über die Art und Weise der Terrorbekämpfung zunehmend unabdingbar (Czempel 2002).

Das Ergebnis ist, dass die Sicherheitsmaßnahmen für die Gesellschaft deutlich sichtbar werden, eine Tatsache, die konstant auf die bestehende Bedrohungslage verweist. Somit entsteht eine individualisierte Angst in Folge der Schrecken vor dem Terrorismus, die seit 9/11 ins Bewusstsein der Menschen gerückt ist und zu einer erhöhten Sensibilität für die eigene Sicherheit führt.

3.2 Sachdimension

Auf den ersten Blick scheinen 9/11 und die sich daran anschließenden Diskussionen die Sachdimension des Sicherheitsverständnisses nicht verändert zu haben: Die Verhinderung physischer Gewalt mit polizeilichen und militärischen Mitteln ist Teil eines klassischen Verständnisses von Sicherheitspolitik. In der Tat meinen wir, dass die Entwicklungen des Sicherheitsverständnisses in der Sachdimension weniger stark durch 9/11 dynamisiert wurden, als dies in anderen Dimensionen der Fall ist. Dennoch lassen sich auch hier einige Anhaltspunkte finden, die auf eine Ausweitung des Sicherheitsverständnisses auf humanitäre, ordnungspolitische und ökonomischen Sachbereiche hinweisen.

Für Entwicklungen innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft/Gesellschaften, insbesondere den USA, ist der Krieg gegen den Irak 2003 das anschaulichste Beispiel: Denn bei der Begründung des Irakkriegs durch die Regierung Bush fallen Vielzahl und Vielfalt der vorgebrachten Rechtfertigungen des Waffengangs auf. So verwies der damalige US-Vizepräsident Dick Cheney immer wieder auf eine seinen Ausführungen zufolge bewiesene Kooperation von Saddam Husseins Geheimdienst mit Al Qaida. Die USA hätten Beweise, dass sich Mohamed Atta, einer der Terroristen des 11. September, in Prag mit dem irakischen Geheimdienst getroffen hätte. Zwar legten Telefon- und Kreditkartenabrechnungen von Atta, die den US-Geheimdiensten FBI und CIA vorlagen, den Verdacht nahe, Atta habe sich zu besagtem Zeitpunkt im Norden Virginias und nicht in Prag aufgehalten. Doch der Vizepräsident ignorierte diese Belege in seinen Reden und Interviews (Evangelista 2008, S. 110 f.). Auch US-Präsident Bush unterstützte die Äußerungen seines Stellvertreters implizit und nannte Terrorismus und Irak in einem Atemzug:

Iraq constitutes to flaunt its hostility toward America and to support terror. The Iraqi regime has plotted to develop anthrax, and nerve gas, and nuclear weapons for over a decade. This is a regime that has already used poison gas to murder thousands of its own citizens – leaving the bodies of mothers huddled over their dead children. This is a regime that agreed to international inspections – then kicked out the inspectors. This is a regime that has something to hide from the civilized world.

States like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil, arming to threaten the peace of the world. By seeking weapons of mass destruction, these regimes pose a grave and growing danger. They could provide these arms to terrorists, giving them the means to match their hatred. [...] In any of these cases, the price of indifference would be catastrophic. (White House 2002)

Diese Anstrengungen der Bush-Regierung, den Irakkrieg mit dem Kampf gegen den Terror zu begründen, waren erfolgreich: In einer Umfrage, die von Juni bis September 2003 durchgeführt wurde, glaubten 48 % der Befragten US-BürgerIn-